

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

### **EntschlieÙung zu der GroÙen Anfrage der Fraktion der CDU – Drucksache 14/4593**

#### **Abitur 2012: Baden-Württemberg ist gut vorbereitet**

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

1. allen Schülerinnen und Schülern, die nach der 10. Klasse des G 8 im Schuljahr 2010/2011 in die beruflichen Gymnasien überwechseln möchten, dies zu ermöglichen und dafür die erforderlichen Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen;
2. zum Schuljahresbeginn 2010/2011 gleichzeitig allen Absolventinnen und Absolventen der Werkrealschule und der Realschule, die dies wünschen und die die geforderten Voraussetzungen (3,0) erreichen, einen Platz an einem beruflichen Gymnasium zu garantieren;
3. die Ausbauziele für die Studienplätze im Ausbauplan „Hochschule 2012“ von 16.000 auf 20.000 zusätzliche Studienplätze zu erhöhen, um der Nachfrage nach Studienplätzen nach dem doppelten Abiturjahrgang in Baden-Württemberg Rechnung zu tragen;
4. bei der Erweiterung der Ausbauziele auf 20.000 zusätzliche Studienplätze bis zum Jahr 2012 auch die geisteswissenschaftlichen Studiengänge sowie die Pädagogischen Hochschulen angemessen zu berücksichtigen;
5. die im Hochschulzulassungsgesetz in § 6 Abs. 2 Satz 4 ab 2011 für die zulassungsbeschränkten Studiengänge an den staatlichen Hochschulen vorgeschriebenen verbindlichen Studierfähigkeitstests oder Auswahlgespräche ersatzlos zu streichen;
6. die angekündigten Orientierungssemester und Propädeutischen Kurse und Semester tatsächlich einzuführen und eine zusätzliche Studierendenaufnahme in reguläre Studiengänge in den Sommersemestern für die Jahre 2011 bis 2014 mit den Hochschulen zu vereinbaren;

7. den Aufwuchs von insgesamt 20.000 zusätzlichen Studienplätzen auch nach 2020 beizubehalten, da die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten weiterhin ansteigen wird und die Quote der Studierenden in Baden-Württemberg deutlich erhöht werden muss;
8. ab dem Schuljahr 2010/2011 neunzig zusätzliche Plätze für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) zu schaffen, sodass insgesamt 210 Plätze zur Verfügung stehen sowie die dafür erforderlichen zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

06. 10. 2009

Kretschmann, Bauer, Rastätter  
und Fraktion

### Begründung

Durch die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums werden im Jahr 2012 zwei Abiturjahrgänge die Schule verlassen. Die Landesregierung steht deshalb in der Pflicht, bis zum Jahr 2012 die dazu notwendige zusätzliche Anzahl von Studienplätzen zu schaffen. Auf keinen Fall darf es einen Verdrängungswettbewerb zwischen Abiturienten und Realschul-, Werkrealschul- und Hauptschulabsolventen um die Ausbildungsplätze geben. In Zeiten der Wirtschaftskrise, die sich voraussichtlich erst mit Verspätung auf den Ausbildungssektor niederschlagen wird, wäre es verheerend, wenn sich die Perspektiven der Haupt- und Realschüler durch fehlende Studienplätze noch mehr verschärfen würden.

Die Landesregierung verfolgt mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ das Ziel, 16.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Nach Berechnungen der Fraktion GRÜNE reichen diese 16.000 Studienplätze aber nicht aus. Denn die Landesregierung verschweigt, dass seit 2003 trotz eines deutlichen Anstiegs der Hochschulberechtigten weniger Studienanfänger in Baden-Württemberg ein Studium aufnehmen konnten. Außerdem brauchen wir eine höhere Studierendenquote in Baden-Württemberg.

Die Fraktion GRÜNE fordert deshalb mindestens 20.000 zusätzliche Studienplätze bis zum Jahr 2012. Sie dürfen auch nicht in den darauf folgenden Jahren abgebaut werden, weil die demografische Entwicklung die Hochschulen erst mit mehrjähriger Verspätung erreichen wird und die Anzahl der Studierenden noch deutlich erhöht werden muss. Wichtig ist auch die ersatzlose Streichung der verpflichtenden Aufnahmeprüfungen oder Auswahlgespräche, die im Jahr 2011 an den Hochschulen für alle zulassungsbeschränkten Fächer eingeführt werden. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sollen die Hochschulen selbst entscheiden, ob und welche zusätzlichen Aufnahmeverfahren sie für erforderlich halten oder bewältigen können. Der große organisatorische und personelle Aufwand für die Hochschulen sowie die Studienbewerberinnen und Studienbewerber kann dann im Jahr 2012 vermieden und gleichzeitig die Chance verbessert werden, dass alle Studienplätze auch tatsächlich besetzt werden.

Weiterhin muss die Landesregierung im Bündnis für Ausbildung ein breites Maßnahmenbündel in die Wege leiten, damit die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht wird. Nachdem bereits feststeht, dass die Zahl der Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) erhöht wird, muss auch eine Ausweitung der Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) erreicht werden.

Diese außergewöhnlichen Anstrengungen sind unverzichtbar, weil zwischen 2011 und 2013 die bevölkerungsreichsten Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre zwei Abiturjahrgänge in einem Jahr haben werden. Kein Jugendlicher darf in unserem Bundesland ohne Studienchance oder betriebliche oder schulische Qualifizierung nach der Schule auf der Straße stehen.